

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Zu Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder — auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeväter des Bezirks.

Postfach - Konto Leipzig 24 127. - Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Masse's Zeilenmaß 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Pfg. im Amtsgerichtsbezirk 70 Pfg. Amtl. Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Rekl. M 2.— Bei Wiederholg. Rabatt. Zeitraumbänder und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Brehmig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein - Dittmannsdorf. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr). Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 103.

Dienstag, den 13. Juli 1920.

72. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung über den Verkehr von Fischwaren.

I. Der Verkauf von Salzheringen, frischen und geräucherter Fischen aller Art Klippfisch, Stockfisch und Fischspeck (Haifisch, Steinbeißerfisch) darf im Kleinhandel nur nach Gewicht erfolgen.

II. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen unter I werden gemäß §§ 12, Ziffer 1, 15 Abs. 3, 17 Ziffer 2 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1918, RGBl. S. 607, 728 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.

Dresden, am 6. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium,

Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 20. Februar 1917 über die Preisaushangs- und Preisauszeichnungspflicht für bestimmte Lebensmittel im Kleinhandel — Nr. 45 der Sächsischen Staatszeitung vom 23. Februar 1917 — wird, soweit sie den Aushang der Preise der in § 1 genannten Lebensmittel vorschreibt und darüber nähere Bestimmungen trifft, aufgehoben. Die Vorschriften über die an diesen Waren anzubringenden Preistafeln (§§ 4, 6, 7 Abs. 2) behalten Gültigkeit.

Dresden, den 7. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium.

Verbot, unreife Kartoffeln auszunehmen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Frühkartoffelernte wird auf folgendes hingewiesen:

I. Die Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 (RGBl. S. 787 ff.) enthält folgende noch gültige Bestimmungen:

§ 11. Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können nähere Anordnungen treffen.

§ 18. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften in § 11 oder den auf Grund von § 11 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

II. Ein Verstoß gegen die Vorschrift, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten, liegt vor, wenn Kartoffeln unreif der Erde entnommen werden, gleichgültig, ob es sich dabei um frühe, späte oder sonstige Kartoffeln handelt.

Dresden, den 9. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium.

Nachstehende Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. April 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1894) wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Bei dieser Gelegenheit wird gleichzeitig, um allen Zweifeln zu begegnen, bekanntgegeben, daß auch von der sächsischen Regierung durch die Verordnung vom 13. April 1919 verhängte Belagerungszustand vom 16. März 1920 ab hinfällig geworden ist.

Dresden, den 9. Juli 1920.

Für das Gesamtministerium

Der Ministerpräsident

Buch.

Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Freistaat Sachsen nötigen Maßnahmen.

Vom 13. April 1920.

Ich hebe mit rückwirkender Kraft vom 16. März 1920 an meine Verordnung vom 23. April 1919 auf Grund des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, betreffend Verhängung des Belagerungszustandes über den Freistaat Sachsen, und meine Verordnung vom 29. Januar 1920 auf Grund des § 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend lebenswichtige Betriebe, auf.

Alle auf Grund dieser beiden Verordnungen getroffenen Maßnahmen werden durch diese Verordnung außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 13. April 1920.

Der Reichspräsident.

Ebert.

Der Reichskanzler.

Müller.

Der Reichswehrminister.

Dr. Geßler.

Ausführungsvorschriften

zur Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Einschränkung des Verbrauches elektrischer Arbeit vom 9. September 1919.

Zusolge des in Nr. 107 der Sächsischen Staatszeitung bekanntgegebenen Nachtrags vom 1. März 1920 zur Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Einschränkung des Verbrauches elektrischer Arbeit vom 9. September 1919 werden die in Nr. 289 der Sächs. Staatszeitung veröffentlichten Ausführungsvorschriften des Arbeitsministeriums vom 8. November 1919 zu vorgenannter Bekanntmachung wie folgt abgeändert:

Befugt zum Erlaß der nach § 1 Ziffer 3b und § 5 der durch Nachtrag vom 1. März 1920 geänderten Bekanntmachung vom 9. September 1919 erforderlichen Ortsvorschriften

a) über die Verbrauchsregelung für Abnehmer mit jährlich weniger als 12 000 Kilowattstunden einschließlich der Kleinverbraucher,

b) über die Durchführung der Einschränkung bei der Beleuchtung gemäß der Richtlinien des Reichskommissars für die Kohlenverteilung zu § 1 sind nach den vom Landeskohlenamt hierzu besonders herausgegebenen Richtlinien bei Stromversorgungsunternehmen mit eigener Erzeugungsanlage oder mit Haupttransformatorstationen,

1. sofern sie sich in kommunalem Besitz befinden, die Stadträte bez. Bürgermeister der Stadtgemeinden oder die Vorstände der Landgemeinden oder der Gemeindeverbände, die ein solches Unternehmen betreiben, und zwar im Einvernehmen mit den Vorständen der Bezirksverbände, falls sich das Stromversorgungsgebiet auch über deren Bereiche erstreckt,

2. sofern sie sich in privatem, gemischtwirtschaftlichem oder staatlichem Besitze befinden die Stadträte der Städte mit revidierter Städteordnung oder die Vorstände der Bezirksverbände, in deren Bereich die Betriebsstätte dieser Unternehmen liegt.

Dehnt sich das Versorgungsgebiet auch auf benachbarte Bezirksverbände aus, so sind sie gemeinschaftlich zuständig. Stromversorgungsunternehmen aller Beschaffenheit ohne Selbstherzeugung elektrischer Arbeit, also nur mit Stromverteilungsanlage für die von anderen Werken bezogene elektrische Arbeit, sind, soweit sie den Strom nur an Verbraucher abgeben, in bezug auf den Ortsvorschriftensteuererlaß den für das fremdstromliefernde Werk zuständigen Behörden unterstellt.

Ueber etwaige Ausnahmen entscheidet das Landeskohlenamt für Sachsen und Sachsen-Altenburg.

Die durch diese Bekanntmachung etwa notwendig werdenden Änderungen und Zuläße zu den bestehenden Ortsvorschriften oder deren Neuausstellung, bei denen stets die Vertrauensmänner der betreffenden Stromversorgungsunternehmen, denen gemäß § 1 Ziffer 3f vorgenannter Bekanntmachung die Verbrauchüberwachung obliegt, mitzuwirken haben, sind nach der Veröffentlichung dem Landeskohlenamt im Abdruck einzureichen.

Dresden, den 8. Juli 1920.

Arbeitsministerium.

Frühkartoffelbeschlagnahme und -Ablieferung.

§ 1.

Alle im Bezirke des Kommunalverbandes der Amtshauptmannschaft Ramenz, einschl. der Städte Ramenz und Pulsnitz, erzeugten Frühkartoffeln der Ernte 1920 werden hiermit beschlagnahmt.

Als Frühkartoffeln gelten alle Kartoffeln (frühe und mittelfrühe), die vor dem 15. September 1920 geerntet werden. Die Beschlagnahme findet nicht statt, wenn die Frühkartoffelanbaufläche des einzelnen Kartoffelerzeugers nicht größer als 200 qm ist. Diese Kartoffelerzeuger sind jedoch verpflichtet, das Saatgut für die nächstjährige Bestellung aus ihrer diesjährigen Ernte zurückzubehalten. Eine Zuteilung von Saatgut an solche Personen kann also nicht stattfinden.

§ 2.

Die Amtshauptmannschaft wird einen Verteilungsplan aufstellen und jeder Gemeinde sowie jeder Rittergutsverwaltung das auf sie nach diesem Plane entfallende Aufbringungs-soll mitteilen. Entsprechend der Bestimmung der Reichskartoffelstelle sind von den Gemeinden und Rittergütern von jedem Hektar ihrer Frühkartoffelanbaufläche 160 Zentner Frühkartoffeln aufzubringen.

Die Gemeinde haftet dafür, daß die ihr ausgegebene Menge sofort nach deren Reife abgeliefert wird. Sie hat sie zu diesem Zwecke unter Zuziehung des örtlichen Kartoffelausschusses auf die einzelnen Kartoffelerzeuger unter Berücksichtigung von deren Leistungsfähigkeit umzulagen und jedem ablieferungspflichtigen Erzeuger die ablieferungs-pflichtige Menge alsbald mitzuteilen.

Erfüllt die Gemeinde oder das Rittergut die Lieferung nicht oder nicht rechtzeitig, so wird die Amtshauptmannschaft die Enttegnung in die Wege leiten. Auch wird sie gegebenenfalls die Belieferung der Gemeinde oder des Rittergutes mit anderen Bedarfsgegenständen einschränken oder einstellen.

§ 3.

Der Kartoffelerzeuger darf die Menge seiner Ernte an Frühkartoffeln, die die ihm auferlegte Auflage überschreitet, zur Ernährung der Angehörigen seines Haushaltes, einschl. des Gefindes und der Naturalberechtigten, insbesondere der Altenteller und Arbeiter (soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen und keine Frühkartoffeln zugewiesen erhalten haben) verwenden oder gleichfalls zur Ablieferung bringen.

§ 4.

Die Kartoffelerzeuger haben die ablieferungspflichtigen Mengen, sofern sie diese nicht unmittelbar an Verbraucher auf Wochenkartoffelkarten abgeben oder an ihre Gemeindebehörde abzuliefern haben, sofort nach deren Reife durch Vermittelung der Gemeindebehörde (Kartoffelausschuß) der Firma Gustav Bombach in Ramenz anzubieten. Rittergüter haben das Angebot der Firma Bombach direkt zu machen. Diese wird sodann mitteilen, wann und an welche Stelle die Kartoffeln zu verladen sind. Ueber die abgelieferten Kartoffelmengen wird sie den Erzeugern eine Ablieferungsbescheinigung erteilen.

§ 5.

Die Kartoffelerzeuger haben die ihnen durch die Firma Bombach erteilten Ablieferungsbescheinigungen und die belieferten Wochenkartoffelkartenabschnitte zu sammeln und am Sonnabend jeder Woche an die Gemeindebehörde (Kartoffelausschuß) abzuliefern. Diese hat dem Erzeuger hierüber eine Empfangsbescheinigung (Muster III) auszustellen. Die Empfangsbescheinigung hat der Erzeuger als Nachweis über den Verbleib seiner Vorräte sorgfältig aufzubewahren.

Die Gemeindebehörde hat dem Kartoffelerzeuger die Kartoffelmengen, über die die abgegebenen Ablieferungsbescheinigungen lauten, in der Frühkartoffelablieferungsliste (Muster IV) gutzuschreiben und bis zum Dienstag einer jeden Woche der Amtshauptmannschaft Ramenz unter Verwendung des Bordruckes Muster V anzugeben, welche Kartoffelmengen in der vorhergehenden Woche von den Erzeugern der Gemeinde abgeliefert worden ist.

Die Rittergüter haben diese Meldung am Sonnabend einer jeden Woche unmittelbar an die Amtshauptmannschaft Ramenz zu erstatten.

Die von den Gemeindebehörden sowie Rittergütern eingenommenen Ableserungsbescheinigungen und Wochenkartoffelkartenabschnitte sind der Anzeige Muster V beizufügen.

Die Ausfuhr von Frühkartoffeln aus dem Bezirke des unterzeichneten Kommunalverbandes ist verboten. Dies gilt auch für die Frühkartoffeln, die auf Flächen bis zu 200 qm geerntet worden sind.

Die Einfuhr von Frühkartoffeln in den Bezirk des unterzeichneten Kommunalverbandes ist sofort, spätestens aber 8 Tage nach der Einfuhr, der Amtshauptmannschaft anzuzeigen.

Zwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Ramenz, am 8. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Kartoffelverteilung in der Zeit vom 18. Juli bis 18. September 1920.

Der Kommunalverband wird für den Kartoffelbezug in der Zeit vom 18. Juli bis 18. September 1920 Frühkartoffelkarten ausgeben und zwar eine A-Karte für Personen über 4 Jahre und eine B-Karte für Personen unter 4 Jahren.

Anspruch auf die Frühkartoffelkarte A haben alle versorgungsberechtigten Personen über 4 Jahre, auf die Frühkartoffelkarte B alle versorgungsberechtigten Personen unter 4 Jahren, die im Bezirke des unterzeichneten Kommunalverbandes wohnen.

Keinen Anspruch auf Frühkartoffelkarten haben die bis zum 15. August d. J. aus der eigenen vorjährigen Ernte versorgten Kartoffelselftverföhrer einschl. ihrer Wirtschaftsangehörigen. Dagegen haben sie Anspruch für die Zeit vom 16. August bis 18. September d. J., wenn sie nachweislich keine frühen oder mittelfrühen Kartoffeln angebaut haben.

Jede anspruchsberechtigte Person erhält eine Frühkartoffelkarte.

Die Ausgabe der Frühkartoffelkarten erfolgt durch die Gemeindebehörden an a. Einzelpersonen, die nicht in einem Haushalt beschäftigt werden,

b. Haushaltsvorstände zugleich für die von ihnen beschäftigten Personen.

Vor der Ausgabe sind die Frühkartoffelkarten auf dem Stammschnitt und dem Anmeldeausweis mit dem Namen der ausgebenden Gemeinde sowie mit der fortlaufenden Nummer zu bedrucken oder abzustempeln.

Ueber die ausgegebenen Karten ist ein genaues Verzeichnis zu führen, in dem die Empfänger und die Zahl der an sie abgegebenen Karten einzutragen sind.

Die auf jeden Wochenabschnitt abzugebende Kartoffelmenge wird jeweils von der Amtshauptmannschaft bekanntgegeben werden.

Die Frühkartoffelkarte berechtigt zur unmittelbaren Eindeckung bei einem Erzeuger des Bezirkes.

Kartoffelkarteninhaber, die jedoch von der unmittelbaren Eindeckung bei einem Erzeuger keinen Gebrauch machen wollen, haben den Kartoffelbezug, nachdem sie den Anmeldeausweis und den Stammschnitt der Frühkartoffelkarte mit ihrem Namen und ihrer Wohnung versehen haben, bei einem Kartoffelkleinhändler ihres Wohnortes anzumelden.

Das Wichtigste.

67,5 Milliarden Papierumlauf zeigt der am 30. Juni abgeschlossene Ausweis der Reichsbank.

Das 15. Sächsische Bundeskegeln findet vom 28. August bis 2. September in Chemnitz statt.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat sich nunmehr auf alle Gruben ausgedehnt. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung; außerdem protestieren sie gegen den Steuerabzug.

Der Streik auf den braunschweigischen Landesbahnen und auf der Braunschweig-Magdeburger Eisenbahn ist nunmehr nach einmonatiger Dauer beendet.

Die dänischen Sozialdemokraten haben jede Teilnahme an der Bildung der Landesregierung abgelehnt.

Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Belk ist von der preussischen Regierung zum Regierungspräsidenten von Königsberg ernannt worden.

Die Engländer geben ihre Absicht bekannt, die Verhandlungen am Mittwoch, spätestens am Donnerstag zum Abschluß zu bringen.

Die Lage in Peking ist außerordentlich ernst. Der Höhepunkt der Krise ist erreicht. Man befürchtet einen Staatsstreich.

In Mexiko soll wieder einmal eine Revolution ausgebrochen sein. Eine Anzahl Brücken an der amerikanischen Grenze sind verbrannt worden.

Admiral Sir John Arbuthnot Fisher, eine der hervorragendsten Autoritäten in der britischen Marine, ist im Alter von 79 Jahren gestorben.

Nach Zeitungsmedlungen aus Paris ist die Kaiserin Eugenie am gestrigen Nachmittag in Spanien verstorben.

Aus Basel wird gemeldet, daß Lloyd George an Ruhr erkrankt ist. Die Krankheit ist auf das schlechte Trinkwasser in Spa zurückzuführen.

Abt. Dresden, den 12. Juli 1920, vorm. 12 Uhr.

Drachtbericht des Pulsnitzer Wochenblattes.

Verltn, 12. Juli.

Vorläufiges Abstimmungsergebnis:

Westpreußen: 99 316 abgegebene Stimmen, davon 91 524 deutsch und 7692 polnisch; demnach 92% deutsch.

Ostpreußen: 361 063 abgegebene Stimmen, davon 353 655 deutsch und 7408 polnisch; also 97,9% deutsch.

Der Abstimmungstag.

Von unserem nach dem ostpreussischen Abstimmungsgebiet entsandten Sonderberichterstatter.

Allenstein, 11. Juli.

Dasenber Sonnenschein lag über Stadt und Land. In ganz Masur herrschte Feststimmung.

Fröhliche Menschen, denen der Sieg sicher war, füllten die Straßen der Städte. Die zugereisten Abstimmungsberechtigten aus dem Deutschen Reich hatten selbst den kleinsten Ort bevölkert.

Menschen, nichts als Menschen überall. Fahnen flatterten im Winde und die letzte

Agitation tat alles, um die noch schwankenden zu bekehren. Nirgends sah man mehr polnische Betörungsversuche, nirgends hörte man einen Polen. Selbst die auf dem Lande, namentlich in den Kreisen Igd, Johannisburg, Bögen, Ortelsburg polnisch sprechenden Bewohner bemühten sich, an diesem Entscheidungstage die deutsche Sprache, die Sprache des Landes zu reden, das sie liebten und für das sie stimmten.

Kapellen spielten in den Städten. Überall Konzerte, singende, fröhliche Menschen, die eine leichte Schlacht mit lauchenden Gefächern schlugen. Und überall herrschte Ruhe und Ordnung. Nirgends gab es Ausschreitungen. Jeder wußte, daß er den Streik vermeiden mußte, schon deshalb, weil die Polen ihn wollten. Der Schlepperdienst, der ebenso gut organisiert war, brauchte in den Nachmittagsstunden garnicht in Aktion treten, denn jeder Abstimmungsberchtigte kannte seine Pflicht und fand sich allein zur Abstimmung ein.

Wir aber in Allenstein, wo sich die Zentrale befindet, saßen noch in der Nacht, spät abends erst heimgekehrt von einer herrlichen Fahrt zusammen und rechneten die Resultate mit. Jede neue Meldung brachte neue Freude, neuen Jubel. Allenstein hat eine solche laute, herrliche, schöne, lustige, begeisterte Nacht noch nie gesehen. Man hatte vergessen, daß es ein Bett gibt, sondern wartete auf die Meldungen aus den einzelnen Bezirken. Sie lagen um 11 Uhr abends soweit vor,

daß man die schwere Niederlage der Polen jubelnd festzustellen vermochte. In Masuren hatten (einige Orte, die den Polen wahrscheinlich nur sehr wenig Stimmen bringen werden, ausgenommen) 381.088 Stimmberechtigte gewählt, davon waren für Deutschland nicht weniger als 353.655, während die Polen den kläglichen Rest von 7408 Stimmen erhalten hatten. Nicht so gut ist die Wahl in den westpreussischen Gebieten ausgefallen. Hier hatten 99.316 gestimmt, davon 91.524 für Deutschland und 7.692 für Polen. In Masuren hatten die Polen demnach 2,1 Prozent, in Westpreußen 8 Prozent aller Stimmen erhalten. In vielen Orten sind polnische Stimmen überhaupt nicht abgegeben worden. Deutsche wollen sie bleiben! Und nun wird die Entente entscheiden müssen, ob Polen etwas von diesen deutschen Gebieten erhalten soll. Die Zahlen werden sie lehren, wie diese Entscheidung zu erfolgen hat. Ueberdeutsches Land muß, so wollen es auch seine Bewohner, Deutschland erhalten bleiben.

Örtliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) in der Textilindustrie wird der Artikel „Brief aus Holland“, den wir auf der Beilage dieser Nummer zum Abdruck bringen, besonders interessieren.

Pulsnitz. (Feuerwehrintspektionstag.) Am Sonntag den 11. Juli vormittags 10 Uhr fand auf dem Schützenplatze Inspektion der freiwilligen Feuerwehr durch die Herren Branddirektor Schöne, Großhirsdorf und Hauptmann Max Mager, Niedersteina statt. Der Inspektion wohnten bei Herr Bürgermeister Kannegeßer, das Rats- und Stadtverordnetenkollegium sowie Feuerwehrmänner einiger Nachbargemeinden. Die Übung bestand in Fußdienst, Übungen an verschiedenen Geräten und einem Angriff. Die Inspektoren konnten der Wehr die Zensur gut erteilen.

(Umsatzsteuererges.) Die Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 sind eingegangen und liegen in der Stadtsteuereinnahme zur Einsicht aus.

(Handwerker! Habt Acht auf das Pfsuschertum!) Der Pfsucher schädigt nicht nur das selbständige Gewerbe aufs Schwerste, er nimmt auch seinen erwerbslosen Berufskollegen die Arbeit weg. Auch die Pfsucherei ist, wenn sie nachhaltig betrieben wird, polizeilich und steuerpflichtig anzumelden. Handwerker, sorgi dafür, daß das Pfsuchertum nicht steuerfrei bleibt. Tragt keine Bedenken, jeden Pfsucher, mag er Gewerbegehilfe, Privatmann

vereinsmitglieder können den Bezug auch bei einer außerhalb ihres Wohnortes gelegenen Konsumvereinsverkaufsstelle anmelden.

Die Anmeldung muß bis zum 20. Juli bewirkt sein. Die vorstehend bezeichneten Kartoffelverteilungsstellen (Kleinhändler) haben die eingenommenen Anmeldeausweise zu 100 Stück gebündelt und mit Liefererschein versehen an ihre Ortsbehörde bis zum 22. Juli einzureichen.

Die Ortsbehörden haben der Amtshauptmannschaft bis zum 24. Juli zu melden, wieviel A- und wieviel B-Karten bei den Verteilungsstellen angemeldet worden sind.

Die den Verteilungsstellen auf Grund der bewirkten Anmeldungen zustehenden Kartoffeln sind den abgabepflichtigen Mengen der eigenen Gemeinde zu entnehmen. Etwaige Fehlmenngen sind bei der Amtshauptmannschaft anzufordern.

Die Ausgabe der Kartoffeln darf nur gegen Abtrennung der zur Belieferung freigegebenen Abschnitte der Frühkartoffelkarte erfolgen.

Die Verteilungsstellen haben die abgetrennten Abschnitte zu 100 Stück gebündelt und mit Liefererschein versehen am Sonnabend der Verteilungswoche an ihre Gemeindebehörde zur Nachprüfung abzuliefern.

Wegen der Abgabe der von den Erzeugern belieferten Wochenabschnitte an die Gemeindebehörde siehe § 5 der vorerwähnten Bekanntmachung vom 8. Juli 1920 über Frühkartoffelbeschlagnahme und -Ablieferung.

Volks- und Betriebsklischen sowie Speisewirtschaften erhalten auf Antrag für ihren Betrieb eine entsprechende Menge Kartoffeln zugewiesen. Der Antrag ist bei der Amtshauptmannschaft, für den Bezirk der Stadt Ramenz beim Stadtrat zu Ramenz zu stellen. Es ist dabei die Zahl der im letzten Monat an vorübergehende und an ständige Mittagsgäste ausgegebenen Portionen getrennt anzugeben. Die Richtigkeit dieser Angaben ist durch die Gemeindebehörden zu bescheinigen.

Zwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Bestimmungen bestraft. Strafbar macht sich auch derjenige, der Kartoffeln ohne Kartoffelkarte erwirbt oder Frühkartoffelkarten (insbesondere auch auf Grund unwahrer oder irreführender Angaben) bezieht, ohne hierzu berechtigt zu sein.

Ramenz, am 8. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband. Der Stadtrat zu Ramenz.

Bei den am 8. Juli 1920 erfolgten Anmeldungen für Bezugsscheine auf Scheuertuch usw. sind auf Kleiderstoff, Leinen zu Strohhäcken, Hemdenkörper und Frauenhemden mehr Anmeldungen eingegangen als Bezugsscheine vorhanden sind. Um allen Teilen gerecht zu werden, soll eine Auslosung der vorhandenen Bezugsscheine erfolgen. Die Verlosung findet am 14. Juli 1920

Table with 3 columns: für die Antragsteller auf Kleiderstoff, nachm. von 3-1/2 Uhr, and 4-1/2 Uhr. Rows include Leinen für Strohhäcke, Hemdenkörper, and Frauenhemden.

Diesjenigen Personen, welche Antrag auf die Bezugsscheine obengenannter Art gestellt haben, werden veranlaßt, zu dem angezeigten Termine pünktlich zu erscheinen.

Pulsnitz, am 13. Juli 1920.

Der Rat der Stadt.

Obst-Verpachtung.

Die diesjährige Obstnutzung der Gemeinde Friedersdorf an der Pulsnitz-Königsbrücker Straße soll verpachtet werden. Schriftliche Angebote bittet bis zum 20. Juli 1920 beim Unterzeichneten einzureichen.

Friedersdorf, den 13. Juli 1920.

der Gemeinderat. Suhle, Gemeinde-Vorstand.



oder Staatsbediensteter sein, dem zuständigen Rentamt anzuzeigen.

(Auch im Weinpreis) ist ein bedeutender Abschlag eingetreten. In Mannheim wird die Flasche Pfälzer Wein bereits für 15 M. angeboten. Im Rheingau wurde eine Versteigerung abgebrochen, weil die Gebote um die Hälfte niedriger waren als zu den besten Zeiten. Von 67 Nummern fanden nur 14 Abnehmer und wurden für 1919er Weißwein 10 bis 15 000 M. bezahlt gegen bis zu 40 000 M. vor ganz kurzer Zeit noch.

(Versteigerung von Heeresgütern.) Die Reichstreuhandgesellschaft, A. G., hält im Laufe dieser Woche öffentliche Versteigerungen von Restbeständen aus Heeresgütern in Freiberg, Jägerlaferne, ab: Donnerstag, den 15, Freitag, den 16. und Sonnabend, den 17. Juli 1920, von vormittags 9 Uhr ab, Versteigerung von neuem und gebrauchtem Geschütz und Stallfahnen sowie Restbeständen aus Heeresgütern.

(Die Außer Kurssetzung des Silbergeldes.) Das Reichsfinanzministerium hat angeordnet, daß die silbernen 50 Pfennig-Stücke, 1- und 5-Mark-Stücke eingezogen sind. Sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel, werden aber bis zum 1. Januar 1921 bei der Reichsbank und den übrigen Banken in Zahlung genommen oder eingetauscht. — Dieser zweite Satz ist so recht am grünen Tisch geschrieben. Glaubt denn das Reichsfinanzministerium wirklich, daß sich heutzutage im ganzen Deutschen Reich ein Mensch finden wird, der noch eine Silbermark für den Nennwert in Zahlung gibt, wenn ihr tatsächlicher Wert 6-7 Reichsmark beträgt?

Großrührsdorf. (Protestversammlung.) Der Saalinhaberverein der Amtshauptmannschaft Ramenz hatte zu einer Protestversammlung Donnerstag Abend im Bergteller eingeladen, um gegen die neuen Tanzsaal-Steuer Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Herr Hein-Ramenz, brachte der Versammlung den Beschluß des Bezirkstages in Bezug auf Erhöhung der Tanzsteuer zum Vortrage, nach welchem künftig bei öffentlichen Tanzveranstaltungen 60 Pfg. bei nichtöffentlichen Tanzveranstaltungen (Bereinsveranstaltungen) 80 Pfg. erhoben werden. Diese Steuer erhält zu 40 Prozent die Gemeinde, zu 60 Prozent der Bezirk zu Zwecken der Wohlfahrtspflege, sodaß für die Saalinhaber trotz der Erhöhung nichts übrig bleibt. Die Versammlung, welche sich aus Saalwirten, Musikern, Reklamen, Vereinsvorstehern und Tanzsaalbesuchern zusammensetzte, ermächtigte den Vorsitzenden, gegen diesen Beschluß Einspruch zu erheben und den Bezirkstag zu ersuchen, die Bestimmungen der Tanzsteuerordnung in Einklang zu bringen mit denjenigen der umliegenden Amtshauptmannschaften, die erheblich niedriger sind.

Großrührsdorf. (Einbruch.) In der Nacht vom 8. zum 9. Juli ist bei dem Gastwirt Martin Schöne, Schäfer und Gutsbesitzer Max Gäbler eingebrochen worden. Im ersteren Falle fielen den Dieben 1 Flasche Brantwein, 5 Flaschen Cognac, 150 Stück Zigarren, 1 Satz Eisenbeinbälle und 2 Säge Messerboillardbälle in die Hände. Beim Gutsbesitzer Gäbler sind 1 Paar Stiefel, 2 Arbeitsjacken, 1 Tischuch und 1 Stückchen Butter gestohlen worden. Etwaige Wahnehmungen bittet man der Polizei zu melden.

Bretzig. (Maul- und Klauenseuche.) Unter dem Viehbestande des Gutsbesizers Gustav Schöne Nr. 153 ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Ramenz. (Versammlung der Landwirte.) Im Sternjag sprach gestern in einer Versammlung der Landwirte für die Amtshauptmannschaft Ramenz der Volkswirt Pinker-Dresden über: Landwirtschaftliche Nothilfe. Nach einleitender Begrüßung durch Herrn Pachter Pampel-Dennersdorf führte der Vortragende etwa aus: Die Erfolge in ganz Sachsen und dem deutschen Vaterlande berechtigen zu der Hoffnung, daß auch in unserer Lausitz die landwirtschaftliche Nothilfe volles Verständnis in allen Schichten der Bevölkerung finden wird. Welte es doch, daß bereits so geschwundene deutsche Volkswirtschaft und die arg bedrohte Volksgesundheit mit allen Mitteln zu heben und das Volk dadurch vor einem Zusammenbruch und der Verelendung zu bewahren. Hierzu sei es Pflicht aller, sich der technischen Nothilfe restlos anzuschließen. Die wilden Streiks und andere Gefährdungen unseres Volkes haben nun die Regierung veranlaßt, die Nothilfearbeit auch auf das Land auszudehnen und eine landwirtschaftliche Nothilfe zu schaffen. Ihr soll neben der notwendigen Betriebsaufrechterhaltung aller technischen Betriebe, die Ausfüllung dringender Nothstandsarbeiten zur Erhaltung des Viehbestandes und Erntetrages obliegen. Der Beitritt ist mit keinerlei Unkosten verbunden. Die landwirtschaftliche Nothilfe ist eine Arbeitsgemeinschaft zur Sicherung von Ruhe und Ordnung und des Wiederaufbaues des deutschen Wirtschaftslebens. Es gilt Nothstandsarbeiten dort zu verrichten, wo es sich um Aufrechterhaltung gefährdeter lebenswichtiger Betriebe handelt. Die landwirtschaftliche Nothilfe untersteht dem Reichsministerium des Innern. Sie taftet in keiner Weise das verfassungsmäßige Koalitionsrecht an. Die Mitglieder sind gegen Unfall, Invalidität und Todesfall versichert. Des Nährstandes Not ist des Volkes Not! Die Wahrheit dieses ernsten Wortes müßte sich jeder einprägen, der die Bedeutung des leistungsfähigen, produktionsfreudigen Landwirts für die Volksernährung erkannt habe. Wer mit den Seinen nicht Mangel an täglichem Brot leiden will, trete als Mitglied dieser großen uneigennütigen Arbeitsgemeinschaft, der Freiwilligen aller Stände, Berufe und Parteien bei. Reicher Beifall lohnte den Vortrag. Alle Anwesenden traten der Vereinigung bei. Möge diese hochwichtige uneigennütige Liebesdienstvereinigung der landwirtschaftlichen Nothilfe sich immer weiter verbreiten und auch in hiesiger Gegend zahlreiche Mitglieder gewinnen.

Zittau, 11. Juli. (In der Bundesversammlung der Sächsischen Militärvereine) ergaben die Wahlen zum Präsidium nachste-

hendes Resultat: Präsident: Kamerad Klähn, 1. Vizepräsident: Oberstabsarzt Dr. Hopf, 2. Vizepräsident: Kamerad Major d. Res. Hülsh, 1. Schriftführer: Kamerad Oberamtsrichter Meyer, 2. Schriftführer: Kamerad Studienrat Prof. Dr. Gebhardt, sämtlich in Dresden. Zu Präsidialmitgliedern wurden gewählt außer dem Generaloberst v. Elsa Hofrat Dr. Müller, Oberregierungsrat Häbener, Oberstleutnant v. Rirchpauer, Obersekretär Baul und Sekretär Schurig. Als Ort der nächsten Bundesversammlung wurde Glauchau gewählt.

(Wucher der Reichstartoffelstelle.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Zittau richtete Bürgermeister Zwingenberger schwere Anklagen gegen die Reichstartoffelstelle wegen ihrer Preisberechnungen, besonders gegen die Reichstartoffelstelle. Es seien ihm folgende Preisberechnungen in die Hände gefallen: Lieferung von 100 000 Ztr. polnischer Saatkartoffeln durch die Firma Kästner & Feldt im März und April 1920: Grundpreis 20 M., Gebühren für den polnischen Kommissionshändler 2 M., Saatgutzuschlag 3,75 M. für die Zentralgenossenschaft 0,30 M., für die Reichstartoffelstelle 0,40 M., Gebühren für den inländischen Kommissionshändler 2 M., Abnahme- und Abrechnungsgebühren 2 M., Rautionsgebühren 0,55 M. zusammen 31,75 M. Bei einer weiteren Lieferung polnischer Saatkartoffeln wurden an Gebühren für den inländischen Kommissionshändler 4 M. berechnet, sodaß der Zentner im Mai und Juni für 33 M. berechnet wurde, doch wurde im Juni diese Kommission wieder auf 2,75 M. herabgesetzt. Das sei, so erklärte Bürgermeister Zwingenberger, glatter Wucher. Bei einer Gebühr von 2,75 M. für den Ztr. — so viel habe der Zentner Kartoffeln im Frieden gekostet! — verbiete allein der inländische Kommissionshändler auf die Lieferung von 100 000 Ztr. 275 000 M. Der Zittauer Kommissionshändler erhalte nur 10 Pfg. Vermittlungsgebühr. Sie sehen also, bemerkte der Bürgermeister wörtlich, wo gemuchert wird, und zwar in den reinsten Formen. Wir haben keinen Einfluß, aber es ist ein Skandal. — Dieser Kritik wird sich wohl jeder anschließen.

Dresden. (Die Lebensmittel demonstrationen wurden am Montag nachmittag fortgesetzt. In der 4. Stunde zog eine Menschenmenge nach dem städtischen Lebensmittelamt, das im ehemaligen Fremdenhof „Zum Kronprinz“ an der Hauptstraße untergebracht ist, drang in das Gebäude ein und verlangte die Herausgabe der Alten. Nachdem die Alten den Führern ausgehändigt worden waren, wurden diese auf einem Karren auf den Kaiser-Wilhelm-Platz gebracht, wo man beratschlagte, ob man sie verbrennen, nach dem Volkshaus oder nach dem Bureau der U. S. B. bringen sollte. Da Stimmen laut wurden, daß man bei einer Verbrennung gerade das Beweismaterial gegen die Wucherer und Schieber vernichten würde, wurden die Alten weggebracht und in „Gewahrsam“ genommen. Auch in das am Kaiser-Wilhelm-Platz befindliche Wirtschaftsministerium drang eine Kommission ein, die aber von den maßgebenden Beamten offenbar niemand angetroffen hat. Um 4 Uhr wurde vom Feinert aus mitgeteilt, daß im Fremdenhof „Zum Kronprinz“ eine Besprechung mit den Großhändlern über die Herabsetzung der Preise stattfände.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Inangriffnahme der Entwaffnungsaktion.) Von deninformer Seite erfährt unser Berliner Vertreter: Sofort nach der Rückkehr der deutschen Vertreter aus Spa wird die Regierung die Entwaffnungsaktion einleiten. Dem Reichstag soll ein Gesetz vorgelegt werden, das strenge Strafen für die Zurückbehaltung von Waffen vorseht. Außerdem wird ein Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht eingebracht und eine gesetzliche Regelung über das Wesen der Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr getroffen. Die Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Sicherheitspolizei wird sofort durchgeführt.

(Sowjetrußland gibt nicht nach.) Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird die Sowjetregierung die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten bezüglich Polens nicht annehmen, weil, wie die hiesige Sowjetvertretung versichert, die Alliierten mit der direkten Unterstützung Polens gedroht haben. Polen sei bisher ständig von den Alliierten unterstützt worden, sodaß weitere Unterstützungsaktionen nicht ins Gewicht fielen. Außerdem liege es im Interesse der Weltrevolution, wenn die Alliierten gezwungen sind, die Unterstützung Polens öffentlich bekannt zu geben. Die Drohung der Alliierten sei der schwerste politische Fehler, den sie bisher in ihrer ganzen Politik gegen Sowjetrußland begangen hätten.

(Große deutsche Abstimmungssiege in Ost- und Westpreußen.) Die bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnisse über die Abstimmungen in den uns von den Polen freitig gemachten Bezirken Ost- und Westpreußens zeigen einen solchen großen Sieg des Deutschtums, daß die betreffenden Zahlen die größte Freude in Deutschland und wohl auch das sehr begründete Erstaunen im Auslande hervorrufen und die unverschämten Ansprüche der Polen als die reinen Hirngespinnste erweisen werden. Von bis jetzt bekannt gewordenen Abstimmungen wurden abgegeben in Neidenburg-Land deutsch 18814, polnisch 814, Allenstein-Stadt deutsch 16000, polnisch 340, Dekko-Kreis deutsch 27000, polnisch 2, Lyck-Stadt deutsch 3553, polnisch 7, Marienburg 9977 deutsch, 8 polnisch, Suha 2075 deutsch, 749 polnisch, Deutsch-Eylau 1274 deutsch, 227 polnisch, Marienwerder 8000 deutsch, 320 polnisch, Osterode Stadt und Land 5867 deutsch, 26 polnisch. Dazu sei noch erwähnt, daß in mehr als 50 Ortsgemeinden der Kreise Johannesburg und Lötzen überhaupt keine einzige polnische Stimme abgegeben wurde. Diese Tatsachen beweisen wieder einmal deutlich, aus welchem Geiste heraus die Friedensbestimmungen für Deutsch-

land gemacht worden sind, und wie so ganz unter Null herunter der einst so vielgepreßene Wert der 14 Friedenspunkte Wilsons gesunken ist.

München, 12. Juli. (Die Münchener Einwohnerwehr läßt sich nicht entwaffnen.) Wie die „Münchener Abendzeitung“ mittelt, beabsichtigt die Leitung der Einwohnerwehr Münchens eine Erklärung abzugeben, daß sie sich der Entwaffnung unter keinen Umständen fügen werde. Der Führer der bayerischen Einwohnerwehren, Dr. Eicherich, erklärte auf einem Festabend, daß er in Berlin erklärt habe: „Nie und nimmer geben wir die Waffen her!“ Dies habe er auch einem englischen General gesagt.

Polen.

(Die Rettung Polens als besondere Aufgabe der Verbandsmächte.) Die Niederlage der Polen vor den russischen Waffen und die auf einmal aufgetauchte Geneigtheit der Polen, mit Rußland Frieden zu schließen, dürfte eine der größten und schwierigsten Aufgaben für die Verbandsmächte geworden sein, welche Polen vor dem Untergange erretten wollen. Die französische und englische Presse vermutet bereits, daß jetzt die Verbandsmächte eine Friedenskonferenz mit Rußland einberufen würden. Dabei stellen die Franzosen die naive Forderung auf, daß Frankreich sofort bereit sein würde, an den Friedensverhandlungen mit Rußland teilzunehmen, wenn sich die jetzige russische Regierung verpflichte, die Schulden des alten Rußlands an Frankreich zu bezahlen. Dabei stellen die Pariser Blätter die weitere Behauptung auf, daß auch England militärische Hilfe gegen Rußland bringen müsse, wenn die Bolschewisten nicht die alten Schulden Rußlands an Frankreich bezahlen und von weiteren Angriffen auf die Polen absehen wollten. England hat aber offenbar keine Lust, für die Polen das Schwert zu ziehen, denn die englischen Zeitungen verkünden bereits, daß zwischen Polen und Rußland unter dem Einfluß Englands Friedensverhandlungen eingeleitet werden müssen. In den französischen Zeitungen fehlt es nun aber auch nicht an der hitzüberbrannten Behauptung, daß Deutschland an allem Unglück Polens schuld sei. Die Franzosen sind über die Lage der Polen aber so aufgeregt, daß in der französischen Deputiertenkammer bereits eine Anfrage gestellt worden ist, was die Regierung angesichts der Ereignisse in Polen zu tun gedenke. Die polnische Armee hat sich inzwischen vor den Russen immer weiter zurückgezogen und die polnische Hauptstadt Warschau gilt als unmittelbar bedroht.

Die Konferenz von Spa.

In der Sonnabendigung der Konferenz in Spa erklärte der Reichsminister Dr. Simons in der Frage der Kohlenlieferungen, daß er den Verbandsmächten nicht das Recht zu Strafmaßnahmen zugesprochen könne, da ein böswilliges Unterlassen Deutschlands bei der Nichterfüllung der Kohlenlieferungen nicht vorliege. Die Kohlenfrage sei für alle Parteien die schwierigste und bedeutendste und könne sie nur im Einverständnis mit den Bergwerksbesitzern und Bergwerksarbeitern im Ruhrgebiete gelöst werden. Deshalb bitte der Reichsminister des Auswärtigen auch darum, daß die anwesenden Vertreter der deutschen Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter gehört würden. Darauf ergriff Hugo Simon das Wort und erklärte, daß die Kohlenfrage eine Lebensfrage für ganz Europa sei und ohne die tatkräftige Mitwirkung Deutschlands nicht gelöst werden könne. Man hätte Vorwürfe über eine unerhörte, ungerechte Handlungswelt über die Kohlenlieferungen von Seiten Deutschlands gehört. In Wirklichkeit sehe aber die Sache ganz anders aus, das heißt, ein Rechtsanspruch auf Kohlenlieferungen von Seiten Deutschlands bestand vor dem 10. Januar bis zum 10. Mai 1920 überhaupt nicht, und was vorher geliefert worden sei, das sei nur aus natürlichem Recht empfunden gewesen. Deutschland habe nur das zu liefern, was über die zwingend notwendigen Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens hinaus geliefert werden könne. Zur erforderlichen Hebung der Kohlenförderung habe man sich im Februar 1920 durch Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern sogar entschlossen, Ueber-schichten mit 100 Prozent Zuschlag auf die Löhne einzuführen, und die Million Tonnen, die jetzt als Grundlage der monatlichen Lieferungen von Deutschland an die Verbandsmächte angesehen werden könnten, seien der Erfolg einer Überarbeit der deutschen Bergleute. Der deutsche Bergarbeiterführer Hus führte in längerer Rede aus, daß nur in den Mittelpunkt des Bergbaues selbst darüber entschieden werden könne, wie die Kohlenförderungen erhöht werden könnten. Die Reden der beiden Sachverständigen machten so großen Eindruck in der Konferenz, daß es der französische Ministerpräsident Millerand für wünschenswert erklärte, daß durch Beratungen der beiderseitigen Sachverständigen die Kohlenfrage erledigt werde.

(Die Nichtanerkennung der Strafklausel in den neuen Vereinbarungen.) Der Reichspräsident Ebert hatte, wie aus Berlin berichtet wird, am Sonnabend mit den aus Spa zurückgekehrten Mitgliedern der Delegation eine Besprechung, bei der Minister Dr. Geßler, Staatssekretär Albert und General von Seeckt Bericht erstatteten. Dabei wurde festgestellt: Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Auswärtigen zuvor erklärt hatte, eine derartige Klausel widerspreche dem Friedensvertrage und dem Völkerrechte. Die Schlussformel der Unterschrift geht insoweit über, daß die deutsche Regierung davon Kenntnis nehme und versuchen werde, „eo qui concerne le Gouvernement Allemand“, die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Strafklausel nicht deckten.

Spa, 13. Juli. (Die gestrige Sitzung in Spa.) Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: Die Beratungen in der Kohlenfrage begannen gestern damit, daß die Vertreter der Entente erklärten, es müsse prinzipiell bei der Ziffer von 2 1/2 Millionen Tonnen monatlich bleiben. In Zukunft werde dann die Reparationskommission von Fall zu Fall die weiteren Ziffern festlegen. Versuchweise soll jedoch für die nächsten 6 Monate die Lieferung auf zwei Millionen Tonnen herabgesetzt werden. Diese Forderung wurde von Außenminister Simons als undurchführbar bezeichnet; vielleicht wenn Deutschland sofort in ausreichenden Mengen Lebensmittel erhalte, würde es möglich sein, das deutsche Angebot auf 1,4 Millionen Tonnen zu erhöhen. Späterhin würde dann voraussichtlich infolge der Neueinstellungen von Bergarbeitern eine weitere Steigerung um monatlich 3 bis 400 000 Tonnen erzielt werden können. Sollte die Entente auf ihrer Forderung bestehen, so ziehe Deutschland es vor, sich der Entscheidung durch die Reparationskommission zu unterwerfen. Diese müsse dann aber auch die Ausführung der Beschlüsse und die Verantwortung dafür übernehmen. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes würde sich weder von der Entente noch von Deutschland die am grünen Tisch gefassten Beschlüsse diktieren lassen. Die öffentliche Meinung in Deutschland sei ohnehin durch das in Spa beliebte Diktatium aufs Äußerste erregt und können leicht schlimme Folgen eintreten, wenn davon nicht abgegangen würde. Nach längerer Beratung mit den übrigen Vertretern der Alliierten



erklärte Lloyd George, es müsse in der Kohlenfrage bei dem Befragten sein Bewenden haben. Er rate dringend, die Angelegenheit nochmals ernstlich zu prüfen und neue Vorschläge zu unterbreiten. Dies sagt Minister Simons für heute zu. Die Sitzung wurde sodann auf heute nachmittags 1/4 Uhr vertagt.

Spa, 12. Juli. (Die Rheinarmee soll herabgesetzt werden.) In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die deutsche Delegation die Absicht hat, von den Alliierten zu verlangen, die alliierte Besatzungsarmee im Rheinland herabzusetzen, um die Kosten, die durch diese Truppen verursacht werden und die Deutschland zu bezahlen hat, herabzumindern. Die deutschen Delegierten werden gleichfalls verlangen, daß Deutschland einige Mandate über seine ehemaligen Kolonien übertragen werden.

Eingefandt.

Die Redaktion steht dem Inhalt der eingefandten Artikel fern und übernimmt nur die redaktionelle Verantwortung.
Auf das Eingefandt des Herrn Friebe, Kartoffel- und Kleebau und Verpackung betreffend, wird in der nächsten Nummer eine sachliche und richtigstellende Antwort erfolgen.
Mehrere Landwirte des Pulsnitzer Bezirks.

Mütterberatungsstelle Pulsnitzer-Stadt. Die nächste Beratung findet Mittwoch, den 14. Juli 1920 nachmittags 1/4 Uhr im Stadtkrankenhaus statt.

Aus aller Welt.

Halle, 12. Juli. (Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.) Dem „Halle'schen Volksblatt“ zufolge haben sich den streikenden Bornaer Kohlenarbeitern auch die Bergarbeiter in der Revieren Zeis und Weiskens angegeschlossen. Auch im Meuselwitz-Roscher Braunkohlenrevier ruht die Arbeit.

Halle, 13. Juli. Die 22 000 Mann starke Belegschaft der Leunawerke lehnte einen von linksradikaler Seite betriebenen Generalfstreik ab.

Binz, 13. Juli. (Streik.) In Binz ist ein Streik der Postangestellten ausgebrochen, der die Besserstellung aller Staatsbeamten in diesem Bezirk bezweckt. Dieser Streik ist bezeichnend für die Streikwut, die in Deutsch-Oesterreich herrscht.

Im Olympia-Theater

wird Mittwoch und Donnerstag ein Film-Prachtwerk aufgeführt, welches volle Beachtung verdient. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt darüber: „Madame Dubarry“, das vor 2000 geladenen Zuschauern seine Uraufführung erlebte, gehört zweifellos zu den großartigsten Leistungen der deutschen Filmmkunst. Mit einem vom ersten bis zum letzten Bild in Spiel und Aufmachung stilvoll angelegten Aufwand wird die Geschichte der Madame Dubarry, der Mätresse Ludwigs XV., in dichterischer Freiheit erzählt. Die Regiekunst Ernst Lubitschs hat sich offenbar an Reinhardt geschult; Rokoko wird in den ersten sechs Akten lebendig, die an den prunkvollen Hof Ludwigs XV. führen und in hunderten geschmackvoller und künstlerischer Bilder Leben und Sitten der vornehmen Welt Frankreichs jener Zeit schildern. Und packend ist der Ausklang, der in ihren hauptsächlichsten Geschehnissen die französische Revolution vorbeiziehen läßt. Mit einem Massenaufgebot von Menschen, deren trübene Erregtheit lebendig ergreifend, verwirrend und doch von der Kunst des Spielleiters gebändigt, vorüberzieht, sieht man die Erfüllung der Bastille und der Tuilleries, die Gefangennahme Ludwigs XVI. und Marie Antoinettes. Pola Negri, die Hauptdarstellerin, hat das Rokoko und das Tragische, das sie zu ihrer Rolle braucht. Es ist große Schauspielkunst, die sie gibt. Unter den übrigen Darstellern seien u. a. sich ferner Emil Janings als Ludwig XV., Reinhold Schünzel als Minister Choiseul, ferner Harry Liedtke, Paul Diensfeld und Eduard v. Winterstein hervor.

Aus der Geschäftswelt.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche hat bisher wenig Erfolge gezeigt. Die Zunahme der Seuchenfälle ist eine äußerst rasche. Nach den Zusammenstellungen des Reichsgesundheitsamtes waren von der Maul- und Klauenseuche befallen: Am 15. Mai 1920 399 Bezirke sind 2826 Gemeinden und 14 384 Gehöfte. Am 31. Mai 1920 500 Bezirke sind 3574 Gemeinden und 30 394 Gehöfte. Inzwischen ist eine weitere große Zunahme erfolgt. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Viehseuche ist nun mit Hilfe von Dämpfen eröffnet worden, die durch Verdampfungsdampfer in den Ställen entwickelt werden. Die Methode wurde schon vor Jahren mit Erfolg erprobt und vom beamteten Tierarzt Hoffmann zur Einführung empfohlen. In den letzten Wochen wurden gleichfalls glänzende Resultate erzielt und von behördlicher Seite auf die mit dem Apparat laut vorliegenden Zeugnissen erzielten Erfolge aufmerksam gemacht. Der Apparat, der auch gegen andere Viehseuchen laut Zeugnissen mit Erfolg angewendet wurde, sowie zum Desinfizieren von Ställen verwendet werden kann und behördlich empfohlen ist, wird von der Metallwarenfabrik Friedrich Hanft Nürnberg, Abteilung Apparate, geliefert.

Geschäftsverkehr bei der Girokassa Pulsnitzer im Monat Juni 1920.

559 Posten	Einzahlungen	mit 1.856.068 M 36 Pf.
367	Zuweisungen im Ortsverkehr	777.843 „ 34
309	„ Fernverkehr	1.895.490 „ 10
1235 Posten		4.530.000 „ 80
423 Posten	Rückzahlungen	mit 1.998.186 M 84 Pf.
367	„ im Ortsverkehr	777.843 „ 34
457	„ Fernverkehr	1.656.740 „ 23
1247 Posten		4.427.750 M 05 Pf.
Zusammen 2482 Posten im Gesamtbetrag von 8.957.750 M 85 Pf.		

Schützenhaus Pulsnitz.

25
Sonnabend, den 17. Juli, 7 Uhr:
Grosses
Jubiläums-Fest-Konzert
der verstärkten Stadtkapelle.

Vortragsordnung: 1. Einzug der Gäste auf der Wartburg, Marsch und Chor a. d. Op. „Tannhäuser“ v. Wagner. — 2. Fest-Ouverture über den Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ v. Nicolai. — 3. Fantasie a. d. Op. „Carmen“ v. Bizet. — 4. Sorenade, Solo für Violine, Viola und Flöte v. Beethoven. — 5. Ouverture z. Op. „Die lustigen Weiber von Windsor“ v. Nicolai. 6. Große Fantasie a. d. Op. „Lohengrin“ v. Wagner. 7. a) Schlummerliedchen v. Kocert, b) Stiefmütterchen v. Ericks, für Streichinstrumente, 8. Mein Traum, Walzer v. Waldteufel.

Nach dem Konzert feiner Ball.

! Olympia-Theater !
Mittwoch und Donnerstag 1/7 und 1/8 Uhr:
Aufführung des Riesen-Prachtwerkes
Madame Dubarry.
7 Akte voller Pracht und Schönheit 7 Akte!
Hauptrollen:
Pola Negri, Reinhold Schünzel, Harry Liedtke
Die erste Vorstellung beginnt punkt 1/7 Uhr.
Dieser Film übertrifft alles bisher Dagewesene.

Heilsalbe Seidencreme
Bewährt durch seine hautbildende Heilkraft bei allen u. frischen Wunden, Beinschäden, Brandwunden, Flechten. Nur in Apotheken erhältlich!
Jas. Werke, Demitz-Thumitz 1/5

Gummiwaren
Spülapparate, Frauendouchen, Clysos, Schläuche, Unter-Lagen, Vorfal-Binden, Frauentropfen u. a. sanitäre Gummiwaren. In Aufträgen erb. (Damenbedienung durch m. Frau) W. Hensing Dresden, am See 37, nahe Hauptbahnhof.

Geld auch ohne Bürgen sofort ausleihen durch Carl Wolf, Chemnitz, Telef. 8938. Bernsdorferstr. 46.

Zuverlässiger Klavierstimmer
(selbständiger Klaviermacher) hat hier zu tun. Ebenfalls Offerten nimmt die Geschäftsstelle entgegen.

Spa
ren können Sie viel Geld, wenn Sie sofort Ihren Bedarf an Regulatoren, Wecker-, Wand-, Küchen- u. Taschenuhren — beim —
Uhrmacher Erwin Pofandt Oberlichtenau 78 b decken, er gewährt Ihnen bis Ende Juli einen Sonder-Rabatt von 10%.

Brennholz-Herbstanlag
1919 kauft Holzgroßhdlg. Ritsch, Dresden-N., Rannowstr. 52. Fernr. 17 888.

Möbel fabrik Max Trips
Inh.: Albin Wauer
Dresden-N., Königsbrückerstr. 56
Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in jeder Preislage und für jeden Geschmack.

Ziegenzucht-Verein Pulsnitzer und Umg.
Besuchskarten fertigen sauber E.L. Försters Erben
Besuchskarten fertigen sauber E.L. Försters Erben

Stellen-Angebote Weihnäherin
für Reparatur und Ausbessern auf 8-14 Tage gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.
Schulmädchen zur Aufwartung ges. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Eine Mittel- od. Großmago wegen Verheiratung der jetzigen zum sofortigen Antritt gesucht. Lichtenberg Nr. 120.

Christliches, kräftiges Hausmädchen sucht zum 1. August Pfarrhaus Bischofheim. Ein ordnungsliebendes, fleißiges Mädchen, 16-19 Jahre alt, wird zum baldigen Antritt in die Landwirtschaft gesucht. Großröhrsdorf, Out 57.

Suche zum möglichst sofortigen Antritt gewandten, jungen Mann oder Fräulein für Expedition und zur Erledigung der Registratur. Bedingung: sicherer Rechner, perfekt in Stenographie und Maschinenschreiben. Schriftliche Offerte mit Angabe der Gehaltsansprüche an Gustav Bombach, Ramen.

Verloren Pulsnitzer - Bischofheim eine Auto - Nummer, rot gestrichen, 1-018. Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. d. Bl.

Am gestrigen Tage sind ca 20 Mark verloren worden. Der ehrl. Finder wird gebeten, selbige gegen Belohnung in Mittelbach Nr. 19 abzugeben.

Besuchskarten fertigen sauber E.L. Försters Erben

Stellen-Angebote Weihnäherin für Reparatur und Ausbessern auf 8-14 Tage gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Schulmädchen zur Aufwartung ges. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Eine Mittel- od. Großmago wegen Verheiratung der jetzigen zum sofortigen Antritt gesucht. Lichtenberg Nr. 120.

Christliches, kräftiges Hausmädchen sucht zum 1. August Pfarrhaus Bischofheim. Ein ordnungsliebendes, fleißiges Mädchen, 16-19 Jahre alt, wird zum baldigen Antritt in die Landwirtschaft gesucht. Großröhrsdorf, Out 57.

Suche zum möglichst sofortigen Antritt gewandten, jungen Mann oder Fräulein für Expedition und zur Erledigung der Registratur. Bedingung: sicherer Rechner, perfekt in Stenographie und Maschinenschreiben. Schriftliche Offerte mit Angabe der Gehaltsansprüche an Gustav Bombach, Ramen.

Verloren Pulsnitzer - Bischofheim eine Auto - Nummer, rot gestrichen, 1-018. Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. d. Bl.

Am gestrigen Tage sind ca 20 Mark verloren worden. Der ehrl. Finder wird gebeten, selbige gegen Belohnung in Mittelbach Nr. 19 abzugeben.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße zugegangenen Glückwünsche und Geschenke danken wir hierdurch herzlichst.
Oberlichtenau, Oswin Guhr und Frau Frida geb. Bergmann.
3. Juli 1920.

Neu wird gekauft.
Angebote mit Preisforderung an Reichsverpflegungsamt Königsbrück.

Zu verkaufen Hocheleganter, weißer Kinderwagen fast neu, zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Wagen-Verkauf. 1 Korbwagen, 1 Tafelwagen (Hinterladen) in gutem Zustande stehen zum Verkauf.
Löhnig.

Kirschen, täglich frisch gepflückt, a Pfd. 1 Mark, verkauft Bruno Philipp, Schwedenstr.

Joppe und Hose, neu, starke Figur, preiswert zu verkaufen. Karl Scheibing, Bischofsw. Str. 178 N.

Ein Feldbahnwagen, stark gebaut, 55 cm Spurr., 150 cm lang, 75 cm breit, 55 cm hoch, mit einem Aufsatz ist zu verkaufen. Rösche, Wandsfabrik.

Mietverträge zu haben bei E. L. Försters Erben.

Am Sonntag nachmittags 5 1/2 Uhr entschlief sanft und ruhig meine liebe, treue Gattin, unsere gute Mutter
Ida Elsa Fanta, geb. Rösler.
Im tiefsten Schmerz
Josef Fanta.
Pulsnitzer, den 11. Juli 1920.
Die Beerdigung der lieben Entschlafenen findet Mittwoch 4 Uhr vom Trauerhause — Dreherstraße 232 — aus statt.

Pulsnitzer Wochenblatt

Dienstag, 13. Juli 1920.

Beilage zu Nr. 103.

72. Jahrgang.

Brief aus Holland.

Von dem Reichtum Hollands kann man sich einen Begriff machen, wenn man Gelegenheit hatte, die unerhört luxuriös ausgestatteten erstklassigen Hotels in Gredenhags und in Scheweningen zu besuchen. Man ist erstaunt, wieviel Deutsche man hier — und gerade in den teuersten Hotels — antrifft. Das üppige Hotel des Indes an der langen Vorhout im Haag, das Palace-Hotel, Hotel d'Orange und das Kurhaus in Scheweningen mit dem herrlichen Ausblick auf die See, sie alle wimmeln nur so von Deutschen. Ich erwähne dies um deswillen, weil man hier in diesen Häusern nicht wohnen kann, ohne täglich einen Tausendmarkschein auszugeben: „Die Deutschen sind auch jetzt noch keine pauvre Leute, sie werden sich schnell wieder hocharbeiten, wenn erst die allgemeine Trägheitswelle überwunden sein wird, und die Deutschen erst wieder zum Akkordsystem zurückkehren, dann sind alle Wunden des Krieges bald vernarbt.“ So und ähnlich hörte ich oft reden, und wie genau das deutsche Wirtschaftsleben in Holland verfolgt wird, dafür mag sprechen, daß eine Abendunterhaltung im Palasthotel in Scheweningen damit ausgefüllt wurde, daß der „Vorwärts“ in einem Artikel für die Wiedereinführung des Akkordlohnsystems eintrat. „Ja, wenn das große Deutschland erst wieder im Akkord arbeitet, dann kommt keiner mit ihm mit, auch wir Holländer nicht.“ Das war die Grundstimmung aller wirtschaftlichen Betrachtungen. Der Verlust-Abschluß beim Eisen- und Stahlwerk Hoersch in Dortmund wurde besprochen, und mit welcher sachlicher Gründlichkeit. Die Holländer waren betrübt, nicht weil sie etwa Mitgefühl mit den deutschen Aktionären hatten, ach nein, aber den echten Holländer ärgert so etwas bis in die Galle, wenn er hören muß, daß ein Werk, das im vorigen Jahre noch aus 27,8 Mill. Mark Betriebsüberschuß 39 Prozent Dividende verteilen konnte, in diesem Jahre unter den Einwirkungen des verlorenen Krieges und der Revolution, der Streiks einen Verlustabschluß der Öffentlichkeit unterbreiten und dividendenlos bleiben muß! „Solche Dummheiten müßt Ihr nicht machen. Durch eure ewigen Streiks bringt Ihr Euch um jeden Kredit. Seht Euch die Japaner an, die Kerle arbeiten. 1913 bezogen sie aus Nordamerika für kaum 5 Mill. Pfund Sterling Rohbaumwolle, 1918 aber schon für 42 Mill. Pfund Sterling, und jetzt wird ein gewaltiger Kampf um Rohbaumwolle einsetzen, an dem Holland natürlich ein sehr großes Interesse hat; denn es hat für einen großen Teil Europas die Versorgung zu übernehmen, nachdem Bremen vorerst ausge-

schieden ist. Und der Kampf um Rohbaumwolle wird entscheidend; denn alle haben ihre Spindeln vermehrt. Nordamerika hat jetzt über 36 Millionen laufen, England über 58 Millionen, dazu kommen Indien und Japan. Der Kampf um Rohbaumwolle für Europa wird ungemütlich heiß. Wir beobachten dies deutlich am Ägyptischen Markt, wo zwischen englischen und holländischen Aufkäufern ein scharfer Kampf ausgefochten wird. Mit welchem Ergebnis, das mögen sie gleich sehen, wenn ich Ihnen sage, daß für den Kantar (etwa 45 Kilo) Fully good Sakellariedes (langstappelige ägyptische Baumwolle) sechzig Tallary (2¼ Pfund Sterling) gegen 14 bis 16 Tallary vor dem Kriege bezahlt werden müssen. Bei derart verrückten Zeittäufen muß man anpassen, wie noch nie. Wie kann man da für Streiks und ähnliches noch Zeit haben: „Arbeiten, arbeiten und arbeiten müßt Ihr, wie wir es auch tun!“

Und in der Tat: ganz Holland arbeitet rastlos. Allen Vorgängen auf den entlegensten Märkten der Welt wird Beachtung geschenkt. Brasilien, Japan, Australien und Südafrika werden mit der gleichen Gründlichkeit beobachtet, wie Deutschland, Rußland und Nordamerika. Sehr merkwürdig ist, daß man auf England ungemein schlecht zu sprechen ist, weil man das sichere Gefühl hat, durch diesen Nachbar schon sehr bald um die Beute der fetten Jahre gebracht zu werden. Auch Belgien steht in schlechtem Geruch. Die Holländer können es nicht vertragen, daß Belgien seine Geschäfte ausschließlich mit England macht. Das englische Kapital durchdringt das gesamte belgische Wirtschaftsleben. Und nicht viel anders ist es in Frankreich, wo englische Großbanken eine Zweigniederlassung nach der andern eröffnen und Handel, Gewerbe und Industrie in einer Weise finanzieren, daß Frankreich und Belgien sehr bald schon in schwerste wirtschaftliche Abhängigkeit von England geraten werden. Besonders geschickt haben sich die Engländer in die Elektrizitäts-Industrie Belgiens und Frankreichs hineingedrängt. Die Thomsen, Houston Gesellschaft verwirklicht große Pläne, an denen zwar das französisch-belgische Kapital partizipiert, den Löwenanteil England schluckt.

Das kleine Holland, das knapp 6 Millionen Einwohner zählt, soll über 400 Millionäre haben. Davon gegen 100, die mehr als eine Million Gulden Jahreseinnahme verzehren können. Es ist klar, daß ein sehr großer Teil dieser Besitzenden nach Anlage-Möglichkeiten suchen muß. Es ist hierbei nicht ganz gleichgültig, wie da die Stimmung in England, Frankreich und dem benachbarten Belgien ist. Es ist aber sicherlich günstig, daß die reichen Holländer durchweg die Ansicht vertreten, daß der Besitz deutscher Staatspapiere, Renten- und

Industriewerte, selbst Markbeträge als gute und sichere Anlage gilt. Man rechnet im Frühjahr nächsten Jahres, wenn die große Reinigung im deutschen Wirtschaftsleben vor sich gegangen sein wird, mit einer ganz allgemeinen Aufbesserung der Kurse aller Werte und der Valuta insbesondere. Dann wird Holland gerne seine Kredite in den Dienst des deutschen Wirtschaftslebens stellen, und so sehr die holländischen Banken jetzt auf eine energische Flüssighaltung ihrer umfangreichen Mittel bedacht sind, so geschieht dies doch nur zu dem Zwecke, um im gegebenen Augenblick sich an ertragreichen deutschen Finanzierungen beteiligen zu können. England macht große Anstrengungen, um, einen Erhafter gleich, das Kapital der ganzen Erde anzufaugen, um es seiner europäischen und überseeischen Volkswirtschaft dienstbar zu machen. Es ist erstaunlich, welche ungeheuren, in die Milliarden gehenden Kapitalen in Südafrika, Indien, Australien, Kanada und in England selbst neu investiert worden sind. Die Zinsen dieser Beträge müssen den Engländern mehr als die Hälfte aller ihrer Rohwaren umsonst ins Mutterland bringen, so gewaltig sind die Summen, die sie von neuem ausleihen, und damit für sich werbend in ihren Kolonien anlegen konnten. Es ist die Absicht der Holländer, es mit England aufzunehmen. Freilich werden sie nicht in den englischen Geschäftsgeist verfallen. Die Holländer sind von anderer Art, Menschen, die neben dem Sinn zu verdienen, doch noch Gemüt haben. Und so erklärt es sich, daß die Neigung Hollands zu Deutschland immer größer wird und daß der holländische Kaufmann nur darauf wartet, mit dem deutschen direkt verkehren zu können, selbst wenn er ihm große Kredite einräumen müßte. Dazu ist der Holländer gerne bereit, und er wartet, wie wir in Deutschland, daß dem deutschen Handel wieder die Freiheit gegeben wird. Bruno Labal.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

— (Wetterbericht vom 11. Juli.) Das südwestliche Hochdruckgebiet hat sich nordostwärts ausgebreitet, es beeinflusst z. B. die Witterung in Deutschland, wo es meist heiter, trocken und wärmer werdend ist. Bald wird jedoch das nordwestliche Tiefdruckgebiet wieder, wenn auch nur durch Teiltief, Einfluß erlangen und bei warmer Temperatur stehen daher wieder lokale Gewitter bevor.



— (Taschenfahrplan.) Vom Taschenfahrplan der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden ist jetzt eine neue Ausgabe erschienen, aus der nicht nur der Werktagsverkehr, sondern der Zugverkehr an allen

Tagen (Werktags und Sonntags) ersichtlich ist. Auch enthält die neue Ausgabe alle bis jetzt eingetretenen Änderungen sowie die staatlichen Kraftwagenlinien in Sachsen. Der Preis des Fahrplans ist 2 Mark.

Voransichtliche Witterung.

Mittwoch, 14. Juli: Fortbauern im Allgemeinen schön und warm. Die Gewitterbildungen dauern jedoch an.

Griselbis.

69) Roman von G. Courths-Mahler.

„Nein, die Sonne blendet mich, Silba,“ antwortete sie, wie aus einem Traum erwachend.

Sie widmete sich aber nur dem Kinde. Auch der Graf beugte sich zu Silba hinab. Dabei berührte seine Hand die von Griselbis. Die beiden Hände zuckten erschrocken zurück.

Um nur etwas zu sagen, rief Griselbis:

„Ich möchte jeden Tag bei schönem Wetter hier hinaufsteigen.“

„Das können Sie tun, Fräulein von Ronach, Ich lasse gleich morgen früh die Stufen festmauern, und dann gebe ich den Schlüssel in Ihre Hände. Sie können dann hier heraufsteigen, so oft Sie wollen.“

Griselbis dankte ihm. Und es war ihr sehr lieb, daß sie den Schlüssel erhalten sollte. Ihr war, als müsse dieser Turm ein Geheimnis bergen, das sie um jeden Preis ergründen müsse. Ihr Traum erschien ihr immer mehr Bedeutung zu gewinnen.

Sie gingen nun hinunter, um die Turmzimmer zu besichtigen. Diese waren wirklich sehr originell ausgestattet im orientalischen Stil. Freilich war die Farbenpracht der Teppiche, Kissen und Portieren etwas verblaßt und verhaudt und teilweise waren die Webfäden zerschiffen. Aber immerhin mußten die Räume noch sehr klimmingsvoll wirken, wenn hier erst einmal eine gründliche Reinigung stattgefunden hatte.

Es führte in diesen Zimmern nur eins — daß man Betten hineingestellt hatte, die nicht zu der Einrichtung paßten.

„Das sind Gafsbetten, mit denen man die Turmzimmer in Gastzimmer umgewandelt hat,“ erklärte der Graf.

„O, ich wollte, sie ständen nicht darin, sie stören die Harmonie des Ganzen,“ sagte Griselbis bedauernd.

„Da haben Sie recht. Ich werde die Betten entfernen lassen, damit Sie sich ungestört an den Räumen erfreuen können,“ erwiderte er.

Und sie fühlte, daß er es nur tun wollte, um ihr einen Wunsch zu erfüllen. Ach — wie laut und rasch das rebellische Herz in ihrer Brust schlug.

Erst hatten sie das Zimmer im dritten Stock besichtigt, nun betraten sie das im zweiten Stock.

Griselbis sah sich aufmerksam in diesem Zimmer um. Es hatte, dem Bau des Turmes entsprechend, eine halbrunde Form; der Raum für die Treppe und den Treppenabfah verabschiedete den kreisförmigen Umriß des Turmes.

„Da drüben, jenseits dieses Zimmers liegt mein Schlafzimmer,“ dachte Griselbis, hauptsächlich der Wand Beachtung schenkend, die an das Schloß angrenzte.

Die Zimmer waren getarnt eingerichtet. Und an der Stelle der Wand, wo drüben in ihrem Schlafzimmer ihr Bett stehen mußte, hing hier ein schöner alter Teppich. Neben diesem Teppich, also Wand an Wand mit ihrem Nachtschränken, war ein hoher Spiegel angebracht, der einen breiten Goldrahmen hatte. Und dieser Goldrahmen — Griselbis Herzschlag

schlug, als habe sie eine sonderbare Entdeckung gemacht — zeigte dasselbe originale Delfinmuster, wie drüben der Rahmen des Bildes, bei der Tür zu dem Wandschrank bildete. Wenn ihre Rechnung

stimmt, lag hinter dem Spiegel der Hohlraum, der sich unter ihrem Nachtschränk befand, wie sie durch Klopfen auf den Boden des Wandschrankes festgestellt hatte. Sie hätte am liebsten sofort den Spiegelrahmen genau untersucht und abgetastet, ob sich etwa

einer der Delfine auch niederdrücken lassen würde, denn sie würde gar nicht erkannt sein, wenn dieser Spiegel eine hohe Tür bildete, die in den Hohlraum führte.

Jedoch nahm sie sich vor, bei der nächsten Gelegenheit, wenn sie allein hier im Turm weilte, den Spiegelrahmen genau zu untersuchen.

Nun ging es in den ersten Stock hinab. Griselbis sah wieder mit kritischen Augen auf die schmale Spur auf dem Fußboden des Treppenabfahs, die aussah, als habe die Schleppe eines Frauenkleides darübergerollt. Doch sagte sie auch jetzt nichts darüber, daß diese Spur ihr bewies, daß dieser Treppenabfah vor nicht allzulanger Zeit von einer Frau betreten worden war, ebenso wie ihr das gelbe Schloß bewies, daß ein Mensch, vielleicht zu derselben Zeit, den Turm geöffnet haben mußte. Noch aufmerksamer als oben,

sah sich Griselbis in diesem Turmzimmer um. Auch dieses hatte die eigenartige Zeltform und wirkte in dem orientalischen Stil sehr malerisch.

Wand an Wand mit diesem Zimmer, vielleicht etwas höher als dieses, mußte das Schlafzimmer der Gräfin Alice liegen, in dem sie einen so plötzlichen Tod gefunden hatte. Und Griselbis Herz klopfte laut und unruhig, als sie hier unten, an der Stelle, wo oben der Spiegel angebracht war, einen gestrichelten Wandbehang erblickte, der vom Fußboden bis fast an die Decke reichte, und seltsamerweise in einem breiten Goldrahmen gefaßt war, der ebenfalls das Delfinmuster zeigte.

Griselbis betrachtete das alles sehr aufmerksam, aber welche Kombination sie daran knüpfte, konnte niemand ihrem Gesicht ansehen. Sie preßte die Lippen fest zusammen, als dürfe nicht ein Wort über ihre Vermutung laut werden.

Diebe macht blind — oder hersehend. Und Griselbis' Liebe zu Graf Harro hatte ihr etwas von einer Hellseherin verliehen. Außerdem war sie sehr scharfsichtig und hatte eine gute Beobachtungsgabe. Der starke, innige Wunsch, Graf Harro helfen zu können, ließ sie nicht ruhen. Sie wollte versuchen, das Geheimnis zu ergründen, das über dem Tode der Gräfin Alice ruhte.

Und ihr seltsamer Traum hatte ihr einen leisen Fingerzeig gegeben, den sie vielleicht nicht beachtet hätte, wenn sie nicht eben der starke Wunsch besetzt hätte, Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen. Dieser Wunsch weckte in ihr Gedanken, wie sie wohl gewiegte Detektive eigen sind. Noch hatten sich ihre Beobachtungen nicht zu einem bestimmten Verdacht verdichtet, aber so leise hämmerte ihr doch der Gedanke, daß Gräfin Alice tatsächlich ermordet worden war — von einem anderen Menschen natürlich als von ihrem Gatten. Als sie eine Weile später den Turm mit Graf Harro und Silba verließ, war sie fest entschlossen, das Geheimnis zu ergründen, das den Tod der Gräfin umgab. Sie wollte suchen, den ganzen Turm wollte sie durchforschen, bis in seine tiefen Mauern hinein.

Fortsetzung folgt.